Polen-Pressespiegel 35/2021 vom 02.09.2021

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Polen angewiesen, Flüchtlinge mit Wasser und Nahrung zu versorgen

Quelle: wyborcza.pl

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erließ einstweilige Maßnahmen und ordnete Polen und Lettland an, Flüchtlinge an der Grenze zu Weißrussland mit Wasser, Nahrung, Kleidung, medizinischer Versorgung und, wenn möglich, vorübergehender Unterkunft zu versorgen.

Die Maßnahme gilt für einen Zeitraum von drei Wochen, beginnend am Mittwoch bis einschließlich 15. September 2021. In der Pressemitteilung heißt es, dass diese Maßnahmen „nicht als Voraussetzung verstanden werden sollten“, dass Polen und Lettland Migranten die Einreise in ihr Hoheitsgebiet gestatten. Die Lage an der polnisch-weißrussischen Grenze bei Usnarz Górny ist immer noch festgefahren. Vertreter von Nichtregierungsorganisationen oder Journalisten, die vor Ort sind, werden zusätzlich mit weiß-rotem Band abgetrennt. Unterdessen versichert das polnische Außenministerium, dass „Polen seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkommt“.
Nach Angaben der Stiftung *Ocalenie* [*Rettung*] kampieren hier 32 Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen, was am Dienstag von einem in das Lager aufgenommenen Vertreter des Menschenrechtsbeauftragten des Nationalen Werks zur Verhütung von Folter bestätigt wurde. Der Grenzschutz meldet, dass sich hier 24 Ausländer aufhalten.
Der Zugang von Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, Journalisten und Stellvertretern zu Flüchtlingen wird von zahlreichen Soldaten und Polizisten verwehrt. Ihr Aufenthaltsort wird von Dienstwagen verdeckt. Außerdem tauchte weit vor dem Lager ein weiß-rot-weißes Band auf dem Grundstück auf. Auf der polnischen Seite erscheinen immer mehr Zelte auf dem Feld. Menschen, die bereit sind, den Flüchtlingen zu helfen, verbringen die Nacht hier.

Am Dienstagabend versuchte der KO-Abgeordnete, Franciszek Sterczewski, Essen an die Lagerbewohner zu liefern. In einem Slalom versuchte er, das Spalier von Beamten zu durchbrechen, die ihm den Zugang versperrten.

Zsfg.: JP

https://wyborcza.pl/7,75399,27494646,europejski-trybunal-praw-czlowieka-nakazal-polsce-zapewnic-uchodzcom.html

ANDRZEJ MLECZKO

DAS REGIEREN NACH REGELN HAT SICH NICHT BEWÄHRT. SEIT HEUTE WIRD DER ZUFALL UNSER LAND REGIEREN.

Übers.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
http://www.mleczko.pl/ und http://www.sklep.mleczko.pl/

Adam Bodnar [Der ehemalige Beauftragte für Bürgerrechte]: Die PiS-Regierung erreicht den Gipfel der Heuchelei und entmenschlicht Flüchtlinge

Quelle: wyborcza.pl

Die PiS profitiert so sehr von ihrer Flüchtlingspolitik, dass sie nicht einmal die Kirche bei der Hilfe unterstützt

[...].
Die PiS hat in den letzten sechs Jahren, basierend auf der Politik von Donald Trump und Victor Orban, hier eine Meisterschaft errungen. Es sei daran erinnert, wie sich die aktuelle Krisensituation an der Grenze entwickelt hat, denn das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen in Usnarz Górny ist eine natürliche Folge früherer Aktionen.
Jarosław Kaczyńskis Worte über „Parasiten und Urtierchen“, die von Flüchtlingen verbreitet werden, sind bereits in die Annalen der Politik eingegangen. Sie waren auch Auslöser für die späteren Haltungen rechter Kreise und einer der Gründe für den Wahlsieg der PiS im Oktober 2015.
Diese Worte haben auch eine soziale Bedeutung. Sie heizen die Hasskampagne an und tragen bei zu täglichen verächtlichen Aussagen über Flüchtlinge.
Kaum vorstellbar, dass nach Recherchen von Soziologen das Wort „Flüchtling“ vor 2015 positive Assoziationen hervorrief. Als Ergebnis der politischen Kampagne ist es zum Synonym für Bedrohung geworden. Es folgten Aktionen und körperliche Angriffe, die bei den Tätern in vielen Fällen ein Gefühl der Straflosigkeit erzeugten. Ich erinnere mich an die Vereinsamung derer, die nicht verstehen konnten, warum Polen praktisch über Nacht zu ihrem Feind wurde.

Die Worte des PiS-Vorsitzenden beeinflussten auch die Politik auf der EU-Ebene. Erinnern wir uns daran, dass Polen im Rahmen des Versuchs, die Migrationskrise zu lösen, während der Regierung von Premierministerin Ewa Kopacz [PO] zustimmte, ca 6 tausend Flüchtlinge aufzunehmen im Rahmen der Verteilung der Umsiedlungsquote auf die Länder der Europäischen Union. Kopacz wurde von den rechten Medien als Frau im Hijab mit einem Shahid-Gürtel dargestellt. Die PiS-Regierung hielt jedoch an dieser Verpflichtung fest, obwohl die Flüchtlingsquote zunächst reduziert und dann in Gruppen von 100 Personen pro Jahr aufgeteilt wurde, aber am Ende wurde niemand aufgenommen.
In einem Urteil vom 2. April 2020 hat der Gerichtshof der Europäischen Union entschieden, dass Polen durch die Nichterfüllung seiner Verpflichtung zur Umsiedlung von Flüchtlingen gegen das geltende Recht verstoßen hat. Es ist unmöglich, sich auf allgemeine Erwägungen des Schutzes der öffentlichen Ordnung zu berufen und die Aufnahme von Flüchtlingen zu verweigern, ohne die individuelle Situation jedes Einzelnen zu prüfen. Dieses Urteil wurde jedoch nur als Beitrag zu einer alten Diskussion aufgenommen, ohne viel über seine Bedeutung nachzudenken.
Die katholische Kirche ist zu einer wichtigen Einrichtung geworden, die den Flüchtlingsstatus anmahnt. Angesichts der Diskrepanz zwischen der Politik von Papst Franziskus und der völligen Missachtung der Flüchtlingskrise durch die polnischen Behörden suchte die Kirche ihren Platz in der Debatte. Einerseits unterstützte sie Caritas Polska bei ihren Aktivitäten in Syrien. Dank dessen war sie in der Lage, dazu beizutragen, einen so genannten humanitären Korridor zwischen Flüchtlingslagern und Polen zu errichten. Sie konnte vor Ort Unterstützung leisten. Aber auch diese symbolische Geste wurde von den polnischen Behörden nicht genehmigt. Minister Błaszczak argumentierte im Juni 2017, seine Verantwortung sei es, Polens Außengrenzen vor dem Zustrom muslimischer Emigranten aus Asien zu schützen.
Auch am Grenzübergang in Brest und Terespol war die Lage dramatisch. Es war das erste Mal, dass der Grenzschutz die Praxis des so genannten Push-Back anwandte, d. h. das Wegschieben vieler Menschen von der Grenze, die versucht haben, internationalen Schutz zu beantragen. Dank der fantastischen Haltung der Anwälte, die an der Grenze halfen, endeten einige der Fälle von Flüchtlingen, die von Polens Grenzen „verdrängt“ wurden, mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Das Urteil lehrte jedoch niemanden, wie die aktuelle Situation zeigt.
Darüber hinaus hat der Straßburger Gerichtshof im Zusammenhang mit der Grenzsituation auch eine einstweilige Verfügung erlassen, die das Ende der Push-Back-Praxis anordnet. Die Behörden ignorierten auch diese Entscheidung, was ein Präzedenzfall in der Geschichte unserer Beziehungen zum Straßburger Gericht war.
[...]

Das Thema wurde von der PiS im Rahmen der Kommunalwahlen erneut aufgewärmt. Ein skandalöser Werbespot wurde vorbereitet, der andeutete, dass in Großstädten Ghettos voller Gewalt und Grausamkeit entstehen können. In diesem Fall hat der Beauftragte für Bürgerrechte eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingereicht. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren ein und das Gericht ordnete eine erneute Prüfung an. Der Fall ist noch nicht abgeschlossen.
[…]

Gleichzeitig wurde vor einigen Jahren das Regierungsdokument mit dem Titel Polnische Migrationspolitik als ungültig erklärt. Bis heute hat die Regierung kein neues ausgearbeitet. Erst jetzt werden Konsultationen zu dem Entwurf des Innen- und Verwaltungsministeriums vorbereitet, der sich nur auf 2021 und 2022 bezieht. Eines seiner Postulate ist eine ernsthafte Einschränkung der Gewährung von internationalem Schutz für Personen, die versuchen, die polnische Grenze zu überschreiten. Außerdem wurde gerade die Abteilung für Migrationsanalyse und -politik im Ministerium für Inneres und Verwaltung aufgelöst.
Und als Paweł Chorąży, stellvertretender Minister für Investitionen und Entwicklung, im September 2018 die offensichtliche Ansicht äußerte, dass das Wohl des Staates vom Zustrom von Migranten abhängen könnte. Wurde er dafür kritisiert, dass er zu weit gegangen ist, und wurde vom Premierminister entlassen.
Im Kontext der Lage an der Grenze bei Usnarz Górny setzt die PiS-Regierung ihre Politik einfach fort. Indem sie Anträge auf internationalen Schutz nicht annimmt und die Vollmachten missachtet, missachtet sie geltendes Recht.

Indem man gefährdete Afghanen nach Polen bringt (wofür man gratulieren soll) und sich gleichzeitig nicht um diejenigen kümmert, die sich in der Nähe unserer Grenze befinden, wird die Heuchelei und die Entmenschlichung der Menschen an der Grenze sichtbar. Wie sonst soll man den fehlenden Zugang zu medizinischer Hilfe, Medikamenten und fließendem Wasser nennen. In diesem Zusammenhang wird Franciszek Sterczewskis verzweifelter Versuch, Hilfe zu leisten, zu einer schönen Geste des Anstands und der tiefen Empathie.
[…]

Zsfg.: JP

https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,27494974,adam-bodnar-rzad-pis-wzbija-sie-na-wyzyny-hipokryzji-i-dehumanizuje.html#S.DT-K.C-B.1-L.1.duzy

Flüchtlinge an der Grenze. Błaszczak in Uniform, der Premierminister über Karten gebeugt. Wozu diese Show? „Die Regierenden gehen mit der Angst hausieren“

Quelle: wyborcza.pl

Interview mit Dr. hab. Mikołaj Pawlak vom Institut für soziale Prävention und Resozialisierung, Universität Warschau

Wojciech Karpieszuk: Wie beurteilen Sie die Vorgänge an der polnisch-weißrussischen Grenze?
Mikołaj Pawlak: Ich bin entsetzt. Ich bin der Meinung, dass hier etwas Tragisches passiert. Der erste Punkt ist die Tragödie der Menschen in Usnarz Górny. Zweitens ist es für mich eine Demütigung als polnischer Bürger. Natürlich trägt Lukaschenko hier die Schuld, aber die unmittelbare Tragödie dieser Menschen wurde von Funktionären des polnischen Staates verursacht. Es war eine politische Entscheidung, die Rolle des Sheriffs zu übernehmen, die das Schicksal dieser Menschen beeinflusst hat. Sie sind eingesperrt, sie sind krank, sie haben Hunger, ihnen wurde die Würde genommen. Als Staat tun wir etwas Schreckliches. Es geht dabei nicht nur um humanitäre Belange, sondern wir brechen auch unsere eigenen Gesetze, zum Beispiel wurde der Zugang von Migranten zu einem Rechtsbeistand eingeschränkt. Meiner Meinung nach ist dies ein bewusster Akt. Es geht darum, Stärke zu zeigen und auch darum, die Aufmerksamkeit von anderen Problemen abzulenken.

Sie haben keinen Zweifel daran, dass diese Gruppe aus Usnarz nach Polen einreisen darf?
Habe ich nicht. Die Situation ist klar. Wenn jemand an der Grenze unseres Landes um internationalen Schutz bittet, ist es unsere Pflicht - als Vertragspartei der Genfer Konvention -, diese Menschen in das Verfahren einzulassen. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir jeden, der das will, unkontrolliert ins Land

lassen. Bestehen Zweifel an ihren Absichten, kann das Gericht entscheiden, dass sie in einer Haftanstalt auf das Verfahren warten.

Es gibt Stimmen, nicht nur unter den Regierungsanhängern, die sagen, dass es nicht um diese 32 Menschen an der Grenze geht, sondern dass wir uns nicht von Lukaschenko erpressen lassen sollten. Es besteht die Gefahr, dass, wenn wir heute 32 Personen einreisen lassen, es in zwei oder drei Wochen mehrere tausend sein werden. Lukaschenko lockt Iraker mit dem Flugzeug an. Dafür zahlen sie Tausende von Dollar.
Ich habe keinen Zweifel daran, dass hinter den Kulissen feindselige Aktionen von Lukaschenko stattfinden, der ein Verbrecher ist und seine politische Opposition auf schreckliche Weise behandelt. Aber wenn ein demokratisches Land mit einer Diktatur konkurriert, werden wir auf jeden Fall verlieren, wenn wir anfangen, die gleichen Methoden anzuwenden. Es hat überhaupt keinen Sinn, sich mit Lukaschenko anzulegen, denn wir werden dann genauso sein. Dies geschieht auf der Ebene der Prinzipien. Und auf der Ebene der Praxis lautet meine Antwort auf das Argument, dass bald andere auftauchen werden: Na und? Vorläufig - so glaube ich – werden es auf keinen Fall Zehntausende von Menschen sein. Es ist unmöglich, Iraker in großem Umfang nach Belarus zu holen. Es lohnt sich in der Tat, über Szenarien für Afghanistan nachzudenken. Aber vergessen wir nicht, dass der Landweg von dort weit ist. Es wird nicht so sein, dass plötzlich eine große Zahl von Menschen an unseren Grenzen auftaucht. Sie müssten andere Länder durchqueren, und einige von ihnen - das wissen wir bereits - blockieren den Zugang zu ihren Territorien. Was wäre schließlich so schlimm daran, wenn wir zum Beispiel dreitausend Menschen helfen würden?

Was wäre, wenn sich die Migrantenkrise von 2015 wiederholen würde?
Die Situation ist anders. Im Jahr 2015 erreichten Syrer Griechenland über die Türkei. Damals gab es bereits viele von ihnen in der Türkei, manchmal waren sie schon seit mehreren Jahren im Lande. Sie waren also sehr nahe an den europäischen Grenzen. Jetzt haben wir nicht die Situation, dass sich Millionen von Flüchtlingen in einem Land an der Grenze zur EU befinden.

Ist Polen bereit, mehrere tausend Migranten aufzunehmen, die hier eine Art internationalen Schutz beantragen?
Polen hat 2014 die meisten Anträge auf internationalen Schutz angenommen - 15 000. Damals gab es keinen besonderen Rummel darum, obwohl es in den Zentren tatsächlich knisterte. Eine beträchtliche Anzahl dieser Personen war in offenen Zentren untergebracht oder erhielt Geld für eine Unterkunft außerhalb dieser Zentren. Wir haben das also verarbeitet. Ein paar tausend Menschen sind keine Zahl, die unser System nicht bewältigen könnte. Wir sind ein Mitglied der Europäischen Union. Die Union verfügt über ein gemeinsames Asylsystem. Wenn ein Mitgliedstaat feststellt, dass er zu viele Migranten nicht bewältigen kann, gibt es Umsiedlungsmechanismen. Hier kommt es zu der Sache, wie sich die Machthaber unseres Landes in den Jahren 2015 und 2016 verhalten haben, als sie diesen Mechanismus missachteten. Ich glaube jedoch nicht, dass Europa heute, gleichsam im Zorn über dieses Verhalten, auf unseren Appell nicht reagieren wird. Das größte Problem wäre jedoch auf politischer Ebene zu suchen. Es wäre eine Demütigung für die Formation, die Polen heute regiert und damals regierte und sich zynisch weigerte, sich an der Umsiedlung zu beteiligen.

Der Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak in Uniform hält vor dem Hintergrund aus Stacheldraht Pressekonferenzen ab, während hinter ihm bis an die Zähne bewaffnete Soldaten stehen. Auch Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ist auf Fotos zu sehen, die ihn in einer Quasi-Uniform zeigen, so als würde er an einer Art militärischem Briefing teilnehmen und vor einem Tisch mit ausgebreiteten Karten stehen. Es sieht nach Kriegsvorbereitungen aus. Welchem Zweck dient dies?
Es geht darum, dass die Polen die Situation als einen hybriden Angriff interpretieren sollten, gegen den sie sich verteidigen müssen. Ich habe von der Regierung keine glaubwürdige Begründung gehört, warum Truppen an der Grenze erschienen sind. Die Grenzkontrolle ist Aufgabe der Grenzschutzbeamten. Ich bezweifle ernsthaft, dass es notwendig war, die Armee zu aktivieren. Wenn ich das Medienverhalten der polnischen Regierungspolitiker beobachte, habe ich den Eindruck, dass sie irgendwann sogar um den Titel des „größten Beschützers“ zu wetteifern begannen. Als der stellvertretende Minister Wąsik begann, über

den Bau von 150 Kilometern Stacheldrahtzaun zu berichten, sagte Minister Blaszczak, er werde die Armee schicken. Ich habe das starke Gefühl, dass es sich um eine symbolische Geste handelt, nicht um eine echte. Auf jeden Fall geht es diesen Soldaten im Moment vor allem darum zu verhindern, dass ein Anwalt, ein Abgeordneter oder jemand mit Lebensmitteln zu den 32 Menschen in Usnarz kommt. Auf diese Weise ist es sehr einfach, eine Erzählung über eine lauernde Bedrohung aufzubauen. Dafür braucht man die Armee und Błaszczak, der sich uniformähnlich kleidet. Der nächste Schritt besteht darin, dass die Kritik, die jemand daran übt, zum Verrat wird. In den Medien wurde von den Machthabern bereits von einer „fünften Kolonne“ und einem „Dolchstoß“ gesprochen. Das sind ekelhafte Worte. In einem demokratischen Staat müssen sowohl der Grenzschutz als auch die Armee kritisiert werden dürfen, auch wenn dies mit scharfen Worten geschieht. In der Zwischenzeit wird auf Bürger, die mit der aktuellen Politik der Regierung nicht einverstanden sind, auf sehr beunruhigende Weise mit dem Finger gezeigt.

Ist es politisch sinnvoll, diese Atmosphäre der Gefahr zu schaffen?
Ich bin davon überzeugt, dass dies eine Fortsetzung der Strategie eines Angstmanagements ist. Unsere Angst wurde in den Jahren 2015 und 2016 angeordnet. Mariusz Blaszczak, der damalige Innenminister, spielte in dieser Angelegenheit die erste Geige. Wozu ist das gut? Aus zwei Gründen. Die Machthaber weisen auf eine Situation hin, die eine Bedrohung darstellt, und zeigen dann auf sich selbst als Verteidiger gegen diese Situation. Hätte der Grenzschutz die Anträge dieser Menschen in Usnarz einfach angenommen und sie in ein bewachtes Zentrum gebracht, gäbe es kein Problem. Plötzlich ist daraus jedoch fast eine Art Angriff geworden. Und nun treten die Minister Blaszczak und Wąsik als Verteidiger auf. Der zweite Grund: Angstmanagement wird eingesetzt, wenn die Behörden die öffentliche Aufmerksamkeit von anderen unbequemen Themen ablenken wollen. Zum Beispiel Probleme mit der Impfkampagne oder der Bildung einer Mehrheit im Parlament.

Wird ein Drahtzaun die Migration aufhalten?
Dies ist ein Hindernis, aber es wird die Migration sicherlich nicht aufhalten. Wir sollten nicht vergessen, dass hinter dem Rücken der Migranten unseriöse Helfer in Form von belarussischen Diensten stehen. Sie werden ihnen auf verschiedene Weise helfen, das zu überwinden. Darüber hinaus haben wir unreflektiert die Vorstellung übernommen, dass das Militär dort anwesend ist, um die Grenze abzuriegeln, dass ein Zaun notwendig ist. In der Zwischenzeit ist es tatsächlich eine wasserdichte Grenze. Mit Hilfe der EU haben wir enorm viel Geld für die Infrastruktur, die Ausbildung des Grenzschutzes, Fahrzeuge und Ausrüstung ausgegeben. Die Grenze wird kontrolliert, ohne dass Barrieren erforderlich sind. Dieser Zaun ist für die Ausstrahlung im Fernsehen bestimmt. Der Zaun ist nur dafür notwendig, um gebaut zu werden.

Es gibt immer mehr Berichte über Pushbacks, d. h. Migranten, die vom polnischen Grenzschutz an die Grenze zurückgedrängt werden.
Dies ist rechtswidrig. Ich bin auch besorgt, dass dies die Grenzschutzbeamten demoralisiert, die auf der Grundlage der Legalität handeln sollten. Das Gleiche gilt für das Einschalten der Motoren, um die Dolmetscher zu übertönen, die in Usnarz versuchen, mit den Migranten zu kommunizieren. Können Sie mir bitte ein Gesetz zeigen, das das Schreien im Grenzgebiet verbietet und die Wachen anweist, es zu übertönen? Sie haben es nicht selbst erfunden, sondern von oben befohlen bekommen. In jeder Formation dieser Art beginnt die Korruption mit der Tatsache, dass es erlaubt ist, die Regeln zu brechen. Die privaten Grenzschutzbeamten stehen unter großem Druck und befinden sich in einer äußerst schwierigen Situation. Und sie werden derzeit von ihren Vorgesetzten demoralisiert.

Wer ist zu diesem Zeitpunkt für das Leben und die Sicherheit dieser Menschen in Usnarz verantwortlich?
Es handelt sich um eine einfache Hierarchieleiter. Es genügt ein Anruf vom Innenministerium, dem der Grenzschutz unterstellt ist. Und sie würden hineingelassen werden.

Der Premierminister sagt, dass sie sich auf dem Territorium von Belarus befinden und dass dieses Land auch für sie verantwortlich sei.

Okay, gehen wir davon aus, dass sie sich tatsächlich auf dem Gebiet von Belarus befinden. Und was dann? Werden wir zusehen, wie sie vor unseren Augen und vor unseren Kameras sterben? Wollen wir sagen, dass die Belarussen daran schuld sind? Selbst wenn sie die polnische Grenze nicht überquert haben, wenn sie nur wenige Meter von ihr entfernt sind, sollten wir warten, bis sie sterben? Wir sollten nicht vergessen, dass es auf der anderen Seite der Grenze Schufte sind.

Sind wir als Land mitverantwortlich für diese Menschen?
Das ist meine Einschätzung. Ich bin der festen Überzeugung, dass ihnen die Einreise gestattet werden sollte, da sie bei den polnischen Behörden um internationalen Schutz nachgesucht haben. Dies wurde ihnen verweigert. Wenn ihnen vor den Augen der polnischen Grenzwachen etwas zustößt, sind wir dafür verantwortlich.

Wer kann man die Polen dazu bringen, ihre Angst vor Flüchtlingen zu verlieren? Und wie?
Seit 2015-16 hat es eine große Veränderung gegeben. Viele wissen bereits, was die Genfer Konvention ist, was Zwangsmigration ist und was Wirtschaftsmigration ist. Wir haben die Beteiligung der wichtigsten Institutionen. Der gesetzliche Vertreter der Menschen aus Usnarz ist der Dekan des Warschauer Bezirksanwaltsrats Mikołaj Pietrzak. Wir haben Abgeordnete, die dort erscheinen. Ich denke, der Wandel im Denken und Handeln ist enorm. Wir wissen noch nicht, wie sich dies in der öffentlichen Meinung niederschlagen wird, denn das ist letztlich das Wichtigste für die Politiker. Ich bin mir sicher, dass wir das bald herausfinden werden, aber es wird auf jeden Fall untersucht, weil die Angstmacher damit testen, ob diese Angst verfängt oder mobilisiert. Es ist möglich, dass die Angst unter den Menschen weiter besteht und sogar überwiegt. Was können wir also noch tun? Mit Mythen aufräumen, die Mechanismen des Angstmanagements zeigen, Zahlen zeigen. Es ist eine Sache, etwas zu wissen, und eine andere, es mit Gefühlen zu konfrontieren. Ich habe keinen Zweifel daran, dass viele Menschen wirklich Angst haben. Ich nehme es niemandem übel, wenn er Angst hat, dass hier irgendwelche schrecklichen Eindringlinge auftauchen. Ich ärgere mich über die Regierung. Ich denke, es ist notwendig, diejenigen zu entlarven, die diese Angst zynisch für politische Zwecke schüren. Und schließlich: Für die Hausierer der Angst war die Situation im Jahr 2015 ideal. Diese Menschen, die eine Bedrohung darstellen sollten, waren aus polnischer Sicht unwirklich, sie waren irgendwo weit weg. Es ist einfacher, mit etwas zu erschrecken, das ein Mythos ist. Jetzt macht ein Minister meiner Regierung einer 50-jährigen Frau, die am Rande der körperlichen Erschöpfung steht, Angst. Es sind konkrete Menschen. Sie lassen sich nicht so einfach dämonisieren. Diese Menschen stehen an unserer Grenze, und sie sind verzweifelt. Das ist eine ganz andere emotionale Ladung als 2015.

Zsfg.: AV

https://warszawa.wyborcza.pl/warszawa/7,54420,27496228,uchodzcy-na-granicy-blaszczak-w-mundurze-premier-nad-mapami.html

PiS will Tusk reinlegen

Quelle: polityka.pl

Ein Kommentar von Adam Szostkiewicz

Premierminister Morawiecki quittiert Tusks Erklärung zum Flüchtlingsdrama so: Es ist gut, dass er sich zu Wort gemeldet hat, aber zu spät. Wenn Tusk zu spät kam, hatte Błaszczak die Nase vorn. Tusk hat zu Recht eine verantwortungsvolle Politik der derzeitigen Machthaber und eine Einigung über die Parteigrenzen hinweg in dieser Frage gefordert, aber die Behörden können sich nicht auf seine Erklärung zu Usnarz stützen.

Einen Stacheldrahtverhau und Zäune zu errichten, ist keine verantwortungsvolle Politik, sondern Propagandaramsch, der sich von den Umfragen ernährt. Die Mehrheit, auch wenn sie nicht erdrückend ist, will keine Flüchtlinge. Sie kennen sie aus dem „Fernsehen“ und anderen, ähnlich zuverlässigen Quellen. Die Wissbegierigen suchen im Internet, wo sie mit Fake News aus Russland, Belarus und Polen bombardiert werden.

Solange die polnische Regierung keine Beweise dafür vorlegt, dass die Flüchtlinge bei Usnarz Teil von Lukaschenkos Operationen gegen benachbarte Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind, die sein Regime nicht mögen, schreit der Fall dieser Menschen zum Himmel. Wenn einer von ihnen stirbt, sind die polnischen Machthaber dafür verantwortlich, die auf beschämende Weise die humanitäre und rechtliche Hilfe für sie blockieren. Die Versuche, das zu verhindern, stellen den Parlamentariern der Opposition, der Linken und der KO, den Menschenrechtsaktivisten und den „einfachen“ Menschen die besten patriotischen Zeugnisse aus. Sie haben Lob und Dank verdient, nicht Spott und Unterstellungen. Sie sind nicht die „nützlichen Idioten“ des belarussischen Mörders, sondern Menschen, denen das Leid der anderen nicht

gleichgültig ist.

Tusk ist der Vorsitzende der größten Oppositionspartei. Er verfügt über Kenntnisse und Erfahrung, die seine politischen Gegner, die heute Polen regieren, nicht haben. Sie versuchen nun, Tusks Worte zu benutzen, um ihre eigene Schwäche zu rechtfertigen, die in der Propaganda als „Verteidigung Polens gegen Flüchtlinge“ verkauft wird. Tusk kritisiert jedoch ihre Reaktion auf die „hybride Kriegsführung“, ohne infrage zu stellen, dass wir damit konfrontiert sein könnten. Er will die Staatsgrenze schützen, aber in Zusammenarbeit mit der Opposition und der Union. Gleichzeitig kann er als Politiker die Abneigung gegen Migranten, die von der populistischen Rechten geschürt wird, nicht ignorieren. Er ist auf der Suche nach einem gesunden Kompromiss in einer politisch und ethisch kranken Situation. Er ist ein Staatsmann, aber er sieht beide Aspekte der Herausforderung, nicht nur staatliche und internationale, sondern auch humanitäre. Darin unterscheidet er sich vom regierenden Lager und seinen Anhängern, die sich auf das Erstere konzentrieren.

Wir alle kennen diesen gesunden Kompromiss: Hilfe und Schutz für Menschen in Not, Anhörung ihrer Geschichten und deren Überprüfung, Annahme und Bearbeitung ihrer Asyl- oder Schutzanträge. Und ganz allgemein: sich im Parlament konstruktiv und ohne Demagogie mit der Migrationspolitik auseinanderzusetzen, im Einklang mit unserer Verfassung und den internationalen Konventionen. Entgegen einiger empörter Stimmen auf der Nicht-PiS-Seite ist Tusk keineswegs in das fremdenfeindliche Lager der Hasser, Spinner und Rassisten gewechselt.

Zsfg.: AV

https://szostkiewicz.blog.polityka.pl/2021/08/26/pis-chce-wrobic-tuska/?nocheck=1

Bricht eine PiS-Bastion zusammen? Landwirte in den Karpaten über Jarosław Kaczyński: Verräter am polnischen Land

Quelle: wyborcza.pl

„Ich hege einen großen Groll gegen die Regierung. Ich musste Protestieren gehen und habe mein zweijähriges Kind zurückgelassen. Dafür, um etwas zu essen zu haben“, sagte einer der streikenden Bauern. „Wir fühlen uns gedemütigt“, sagen andere. Kurz nach 9 Uhr morgens blockierten in Rzeszów über 40 Traktoren zwei Kreisverkehre. Sie fordern Gespräche mit der Regierung. Sie behaupten, dass die Situation in der Landwirtschaft noch nie so dramatisch war.

„Unsere Hauptforderung ist, dass der Ministerpräsident mit den Landwirten und Agrounia spricht. Wenn der Ministerpräsident sich weiter zurückzieht und sich nicht auf diese Gespräche einlässt, werden unsere Proteste noch stärker und häufiger werden. Wir werden sie nicht beenden. Wir werden nicht von der Straße gehen. Bis unsere Probleme gelöst sind“, kündigte Marta Przybyś von Agrounia an.

Unter der Flagge von Agrounia begann der Protest der Bauern um 9 Uhr. Sie kamen aus dem gesamten Karpatenvorland. Insgesamt waren es etwa 40 Traktoren. Sie blockierten zwei Kreisverkehre. Auf einem Strohwagen wurde ein symbolischer Sarg mit der Aufschrift „Tod der polnischen Landwirtschaft“ herangefahren. Eingewickelt in eine weiße-rote Fahne. An einfallsreichen Bannern mangelte es nicht: „Kommt die polnische Ordnung, sieht der Bauer alt aus“ oder „Verräter am polnischen Land“ steht neben einem nicht sehr vorteilhaften Foto von Jarosław Kaczyński geschrieben. „Es ist nicht unsere Bosheit, jemandem das Leben schwer machen zu wollen. Dies ist unser Schrei der Verzweiflung. Wir wollen nicht stillschweigend auf unseren Höfen sterben. Aber genau das passiert gerade. Das Problem ist riesig und wir haben niemanden, mit dem wir reden können“, so Marta Przybyś.

Bis zum Mittag sah es so aus, als könne ein Stau vermieden werden. Nach 12 Uhr bildeten sich jedoch in der Nähe des Kreisverkehrs von Pobitno Autoschlangen. Die meisten Fahrer wussten, dass gestreikt

wurde. Und sie waren voller Verständnis für die Bauern. „Sollen sie ruhig protestieren, mir macht das nichts aus, ich nehme eine Umleitung“, sagte einer der Autofahrer, der von einem Polizisten angehalten wurde, der den Verkehr regelte. Ärgerlicher war ein Fußgänger, der sich lautstark darüber beschwerte, dass er den Bus zum Friedhof wegen der Umleitungen nicht erreichen konnte. „Ich musste zweimal den Bus wechseln und noch einen langen Weg laufen. Und das alles im Regen“, schüttelte er missmutig den Kopf. Was hält er von den Protesten der Bauern? „Ich verstehe nicht, warum sie die Straße für die Anwohner sperren. Sie sollten vor das Amt gehen und den Menschen nicht das Leben schwermachen.“
Warum wollten die Landwirte nicht unter den Fenstern der Beamten protestieren? „Die Straße ist ein öffentlicher Ort. Mehr Menschen werden spüren, dass es ein Problem gibt. Am Amt des Marschalls würden wir auf einem Parkplatz stehen, manche würden darauf aufmerksam, manche nicht. Und jetzt steht ganz Rzeszów still. Sie wissen, dass das an den Landwirten liegt. Und wenn die Landwirte ein Problem haben, haben es auch die Verbraucher“, erklärte Marta Przybyś. (…)

Sie sagen uns, dass wir die Branche wechseln sollen

Die Landwirte nehmen es der Regierung übel, dass sie durch das Land zieht und „einen Zirkus veranstaltet“. „Sie sehen die polnische Landwirtschaft durch ihre eigene Brille. Aber das ist nicht unsere Landwirtschaft. Die, die wir kennen. Was für eine Art von Konferenz ist das, wenn der Premierminister sich Ausrüstung ausleiht, um im Fernsehen gut auszusehen? Denn er schämt sich für das, womit wir arbeiten“, sagte Marta Przybyś. Sie fügte hinzu, dass viele Landwirte befürchten, dass ihre Kinder das Erbe, für das Generationen gearbeitet haben, nicht übernehmen wollen. „Wir wollen keine Almosen. Wir haben keine Angst vor Arbeit. Wir brauchen anständige Arbeit und Bezahlung. Und vor allem die Möglichkeit zu verkaufen. Inzwischen haben wir Angst vor dem, was morgen und übermorgen passieren wird“, fuhr sie fort. Und es gibt viel, wovor man sich fürchten muss. Die Landwirte kommen kaum noch über die Runden und müssen noch Kredite für Maschinen zurückzahlen. „Die Banken verlangen ihr Geld und wir haben nichts, um zurück zu zahlen“, so die Bauern. „Sie sagen uns, dass wir die Branche wechseln sollen. Welche Branche, Fischerei?“, fragt Marcin Orkisz aus Dębica.
Es fielen viele bittere Worte an die Adresse der PiS. Viele der Anwesenden gaben zu, dass sie bei früheren Wahlen für diese Partei gestimmt hatten. Aber sie werden diesen Fehler nicht wiederholen. (…)
Gegen 13 Uhr besuchte der Bürgermeister von Rzeszów, Konrad Fijołek, die Landwirte am Kreisverkehr von Pobitno. „Ich verstehe diese Forderungen, denn das Wirtschaftsleben in der Stadt wird immer komplizierter. Sie riskieren viel in Ihrem Berufsleben“, sagte er zu den versammelten Landwirten. „Ich hoffe, dass Ihre Stimme gehört wird.“ Er lud die Landwirte außerdem zu einem Kaffee ins Rathaus ein, obwohl er zugab, dass er sie auf lokaler Ebene nicht viel für sie tun kann. Er bedankte sich auch dafür, dass der Protest friedlich verlaufen ist.

Zsfg.: AV

https://rzeszow.wyborcza.pl/rzeszow/7,34962,27488874,24-godzinny-protest-rolnikow-w-rzeszowie-pelni-flustracji-domagaja.html

natemat.pl

Die Erde stirbt und Polen tut nichts dagegen. Der Präsident und die Regierung sind noch nicht aufgewacht

Quelle: natemat.pl

„Der Mensch ist für die Erwärmung der Erde verantwortlich“, so das Fazit des IPCC-Berichts, der die „Alarmstufe Rot“ für die Menschheit ausrief. Diese schmerzhafte Wahrheit muss schnell in die Tat umgesetzt werden. Da die polnische Regierung bereits eine weitere Abholzung plant und damit die Arbeit von Menschen zerstört, die den Planeten vor der drohenden Zerstörung retten wollen, was hilft es dann, Müll zu trennen und das Autofahren von Einzelpersonen einzuschränken? Es ist offensichtlich, dass wir auch die kleinsten und scheinbar unbedeutenden Aktivitäten nicht aufgeben dürfen.

Die Uhr tickt unaufhaltsam

„Der Planet stirbt“, klingt vertraut, scheint aber auch distanziert zu sein. Nur vor vollendeten Tatsachen kann man selbst die größten Zweifler und Skeptiker davon überzeugen, dass das Problem näher liegt, als uns lieb ist. Näher, denn nach den Ankündigungen von Wissenschaftlern wird es uns zu unserer Lebzeit antreffen.

Das laufende Jahrzehnt ist entscheidend, wie wir aus dem IPCC-Bericht (Zwischenstaatliches Team für Klimawandel) erfahren. Dieses aussagekräftige Dokument wurde auf der Grundlage von 14 000 wissenschaftlichen Arbeiten erstellt, an denen 234 Personen mitgearbeitet haben. Wenn die Menschen die globale Erwärmung stoppen wollen, müssen sie die Pläne umsetzen, bis Mitte des Jahrhunderts CO2-neutral zu werden.

Voraussetzung ist, dass die Regierungen ihre Kohlendioxidemissionen bis 2030 halbieren. Nur so haben wir eine Chance, den Temperaturanstieg bis zum Ende des Jahrhunderts unter 1,5 °C zu halten. Darüber hinaus bestätigt der Bericht, dass der Mensch für fast die gesamte globale Erwärmung verantwortlich ist und dass sich der Planet jetzt mit einer Geschwindigkeit aufheizt, die seit mindestens 2000 Jahren beispiellos ist.

[...]

Während sich Technologien mit negativen Emissionen noch in der Entwicklung befinden, ist die Entfernung von Kohlendioxid aus der Atmosphäre eine Sache und die Reduzierung der CO2-Produktion eine andere. Beide Ansätze sind notwendig, aber der IPCC-Bericht macht deutlich, dass der Verzicht auf Kohle als Energieträger für die Erreichung der Klimaneutralität unabdingbar ist. Dies darf Bäume jedoch nicht von einer aktiven Teilnahme an der Klimaverbesserung ausschließen.

Wir sollten die Abholzung und die CO2-Emissionen beenden

Im Schatten von „lex TVN“ wurde das Sondergesetz namens „lex Izera“ ohne viel Echo verabschiedet, das es ermöglicht, Wälder abzuholzen und Fabriken an ihre Stelle zu setzen. „Polen führt eine Raubwaldbewirtschaftung durch, und die Regierung führt ein Gesetz ein, das der Entwaldung für industrielle Investitionen Tür und Tor öffnet. All dies schreit nach Rache“, kommentiert Krzysztof Jędrzejewski, politischer Sprecher der Klimakoalition.

Theoretisch soll „lex Izera“ die Fläche von 1250 Hektar Wald in Jaworzno und Stalowa Wola abdecken, aber Umweltorganisationen befürchten, dass das Gesetz den Staat dazu bewegen wird, polnisches Land für Investitionen noch stärker abzuholzen, weshalb die Klimakoalition und der Jugend-Klimastreik an Präsident Andrzej Duda appellierten, ein Veto gegen dieses Sondergesetz einzulegen, das durch den Sejm gepuscht wurde.

Krzysztof Jędrzejewski von der Klimakoalition: „Hier kann man erinnern an eine sehr skurrile Entscheidung des Ministers für Klima und Umwelt, nämlich die Ernennung von Grzegorz Chocian zum Mitglied des Staatsrates zum Schutz der Natur. Er ist einer, der für die Klimaleugnung bekannt ist und für die Drohung mit Öko-Terroristen. Denen will er sich kompromisslos entgegenstellen. Er sagt, der Mensch sei Teil der Natur und sie haben daher kein Recht, neue Investitionen in Naturgebieten zu blockieren.“

Das Staatsoberhaupt nahm im April dieses Jahres am *Leaders Summit on Climate* teil und kündigte die Abkehr von Kohle als Instrument der Stromerzeugung bis 2049 an. Leider sollten die Bemühungen um emissionsfreie Lösungen nicht um mehr als zwei Jahrzehnte verlängert werden.

„Das Kraftwerk in Bełchatów ist ein monströser Umweltverschmutzer, denn es produziert jährlich 37 Millionen Tonnen Kohlendioxid, das sind rund 10 Prozent der landesweiten Emissionen. Die Schließung von Bełchatów und die Aufgabe von Kohlekraftwerken, ob Stein- oder Braunkohle, bis Ende des Jahrzehnts sei eine Notwendigkeit“, erklärt der Experte.

Es ist erwähnenswert, dass der Minister für Klima und Umwelt, Michał Kurtyka, anstatt die Entwicklung von Energieeffizienz und Ökostromquellen zu fördern, die Kohlekraftwerke zum Wohle des Planeten ersetzen würden, zugestimmt hat, die Lizenz für die Förderung von Braunkohle und Mineralien aus der Lagerstätte Turów bis 2044 zu verlängern.

Krzysztof Jędrzejewski von der Klimakoalition: „Wir haben wirklich keine andere Wahl, als mit der schnellen Abkehr von der Kohleverbrennung zu beginnen, um sie später in diesem Jahrzehnt zu beenden. Aber Reduktionen der Treibhausgasemissionen sind in allen Sektoren notwendig, und dies muss laut betont werden. Energie ist extrem wichtig, aber wir haben auch steigende Emissionen im Verkehr, in der Landwirtschaft und im Bauwesen. Natürlich die neuen Klimaziele der Europäischen Union, also 55 Prozent Emissionsreduktion bis 2030 und Klimaneutralität bis 2050, sind ein Schritt in die richtige Richtung. Aber ein viel zu kleiner Schritt, denn es ist bekannt, dass die EU und Polen diese Emissionen um mindestens 65 % bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts reduzieren sollten und die Klimaneutralität im Jahr 2040 erreichen. Sicherlich ist die Schließung von Bełchatów notwendig, und es ist notwendig, sich auf den Ausbau der erneuerbaren Energien zu konzentrieren, den Ausbau der Windenergie an Land nicht zu blockieren und ihn auf See schneller zu entwickeln.“

Wie unser Gesprächspartner betont, sollte das Land die Fotovoltaik weiterentwickeln und beginnen, sich von der Energie in großem Maßstab zugunsten der dezentralen und öffentlichen Energie zu bewegen. Auch das Thema Atomkraftnutzung taucht im Diskurs auf, doch ihr Bau kostet viel Geld. Nach Berechnung von Prof. Jan Popczyk, würde uns der Bau des Atomprogramms 160 Milliarden PLN kosten. Es wäre die teuerste Energie und hätte viele andere Probleme.

Was können Polen und die Regierung tun?

„Dass die Entscheidungsträger, die wir haben, schon sehr lange Anti-Klima-Politik betreiben, entbindet uns Bürger nicht vom Denken. Wir müssen uns bewusst sein, wohin die Welt geht. Es mag den Anschein

haben, dass unser Handeln als Einzelpersonen wenig bedeutet aber, wenn wir es mit Millionen von Bürgern multiplizieren, wird es eine sehr reale Wirkung haben“, erklärt Jędrzejewski.
[...]
„Zuallererst sollte die polnische Regierung echte Schritte zur Abkehr von kohlebasierter Energie einleiten und endlich einen Plan zur Dekarbonisierung Polens bis 2030 ausarbeiten. Sie soll aufhören, Bergleute mit der glänzenden Zukunft der Kohle zu täuschen, und den Prozess einer fairen Transformation des Transfers einleiten [...]“, kündigt der politische Sprecher der Klimakoalition an.
[...]
„Lügen zu erzählen, wie es der Berater des Präsidenten, Paweł Sałek, tut, in einem Radiointerview zu sagen, dass die menschliche Verantwortung ‚nur ein Begriff ist, der in den Medien lauter präsent ist‘, ist im Mund des Ministers skandalös und inakzeptabel. Für so etwas sollte Sałek sofort seines Amtes als Berater im Bereich der Klimapolitik enthoben werden “, schließt Krzysztof Jędrzejewski.

Zsfg.: JP

https://natemat.pl/369301,raport-ipcc-to-alarm-dla-ludzkosci-czy-polska-zajmie-sie-kwestia-klimatu

ZITAT DER WOCHE

Quelle: pb.pl

... das Christentum wird vor unseren Augen genau von denen abgeschlachtet, die seit Jahren zerstörerische Kräfte aufspüren, die angeblich versuchen, „christliche Werte made in Poland“ anzugreifen ... Hören Sie auf zu sagen, dass Polen ein christliches Land ist. Ich akzeptiere keine Blasphemie. Das beleidigt meine religiösen Gefühle."

Lukasz Ostruszka - ein evangelischer Geistlicher

Quelle: https://wyborcza.pl/7,75968,27484997,polska-chrzescijanskim-krajem-blagam-przestancie-juz-bluznic.html

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

tagesschau.de

Zwischen Polen und Belarus gestrandet
https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-belarus-fluechtlinge-101.html

---

zeit.de

UN-Flüchtlingshilfswerk fordert Polen zur Aufnahme von Migranten auf
https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-08/polen-aufnahme-gefluechtete-grenze-belarus-unhcr-genfer-fluechtlingskonvention

---

euronews.com

Push-Backs in Polen - ein Land schottet sich ab
https://de.euronews.com/2021/08/24/push-backs-in-polen-ein-land-schottet-sich-ab

---

tagesspiegel.de

Israel und Polen streiten über Enteignungsgesetz – doch der Konflikt liegt tiefer
https://www.tagesspiegel.de/politik/keine-angst-vor-antisemitischen-drohungen-israel-und-polen-streiten-ueber-enteignungsgesetz-doch-der-konflikt-liegt-tiefer/27525872.html

---

inforadio.de

Kaczynskis Werk Tusks Beitrag: Auch PiS-Vorgänger nicht ohne Sünde
https://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/aktuell/202108/20/600167.html

DEKODER auf Deutsch
https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas
https://forumdialog.eu/

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung
http://www.polen-und-wir.de/

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Małgorzata Burek | Jerzy Paetzold

Christel Storch-Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus